Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 99 (2005)
Heft: 11

Artikel: Hut ab vor dem demokratischen Lümmel!
Autor: Hensche, Detlef
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144545

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Detlef Hensche

Hut ab vor dem demokratischen Lümmel!

Die Wahlen in Deutschland haben klar gezeigt, dass der Souverän keine Politik des Sozialabbaus will. Trotzdem wird die sich abzeichnende Grosse Koalition die «Reformen» der abgewählten rot-grünen Regierung fortsetzen. Chancen für eine politische Alternative sieht der Autor dieser Wahlanalyse, Detlef Hensche, aber in der parlamentarischen Präsenz der Linkspartei. Angesichts des heimlichen All-Parteien-Konsenses der letzten Jahre wird sie vorerst die Oppositionsrolle übernehmen müssen. Spekulationen über Rot-Rot-Grün oder eine Tolerierung von Rot-Grün waren und sind müssig. «Die Linkspartei ist angetreten, um den Opfern neoliberaler Politik eine Stimme zu geben, nicht dagegen, um den Chor der Täter zu verstärken.» Die Gewerkschaften haben in dieser neuen Partei eine verlässliche Sachwalterin bekommen und daher allen Grund, mit ihr einen unverkrampften Umgang zu pflegen. Detlef Hensche war selber Präsident der Industriegewerkschaft Medien, die 2001 Teil der Vereinigten Dienstleitungsgewerkschaft ver.di wurde. Unter seiner Leitung führten die Drucker als erste deutsche Gewerkschaft die 35-Stunden-Woche ein. 2003 trat er aus der SPD aus. Er hat seither den Aufbau der «Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit» (WASG), des westdeutschen Flügels der neuen Linkspartei, unterstützt. Beruflich arbeitet er als Rechtsanwalt in Berlin. *Red.*

Keine Mehrheit für eine Politik des Sozialabbaus

Zum Wahlabend hatten die Verbände der deutschen Unternehmer eingeladen, um den erwarteten Sieg von Schwarz/Gelb zu feiern. Es kam bekanntlich anders; die Kameras präsentierten langgezogene Gesichter – ein eindrucksvoller, da unverfälschter Kommentar des Wahlergebnisses.

Der von CDU und FDP angekündigten *Radikalisierung neoliberaler Wirtschaftspolitik* haben die Wählerinnen und Wähler *keine Mehrheit* verschafft. Noch deutlicher zeigt sich das an den Einzelergebnissen: Die CDU hat nicht nur im Vergleich zur letzten Wahl Stimmen verloren, sondern vor allem, gemessen an Prognosen und eigenen Erwartungen, weit mehr Stimmen eingebüßt, als sie an die FDP abgegeben hat. Die SPD hat trotz Schröders Popularitätsvorsprung vor seiner Konkurrentin noch stärker als die CDU verloren und ist für den von ihr verantworteten Kurs der gesellschaftlichen und individuellen Verarmung abgestraft worden. Die Linkspartei, vormals PDS, die ihre Listen für Kandidierende der erst vor einem Jahr gegründeten Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) geöffnet hatte, konnte mit 8,7 % gleichsam aus dem Stand ein respektables Ergebnis erzielen.

Der Wahlausgang bestätigt die Ablehnung der vorangegangenen rot-grünen Koalition bei gleichzeitiger Reserve gegenüber der Alternative eines konservativ-liberalen Bündnisses. Die Mehrheit hatte bei allen Umfragen aus ihrer Enttäuschung über die vorausgegangene Politik des Sozialabbaus keinen Hehl gemacht, ohne sich von der Konkurrenz eine Verbesserung ihrer Lage zu versprechen. Diese Stimmung hat sich auch in dem beinahe unverändert hohen Anteil von *Nicht-Wähler/innen* niedergeschlagen: Fast jede/r Vierte ist nicht zur Wahl gegangen, ein deutlicher Beleg für die realistische Einschätzung, dass Regie-

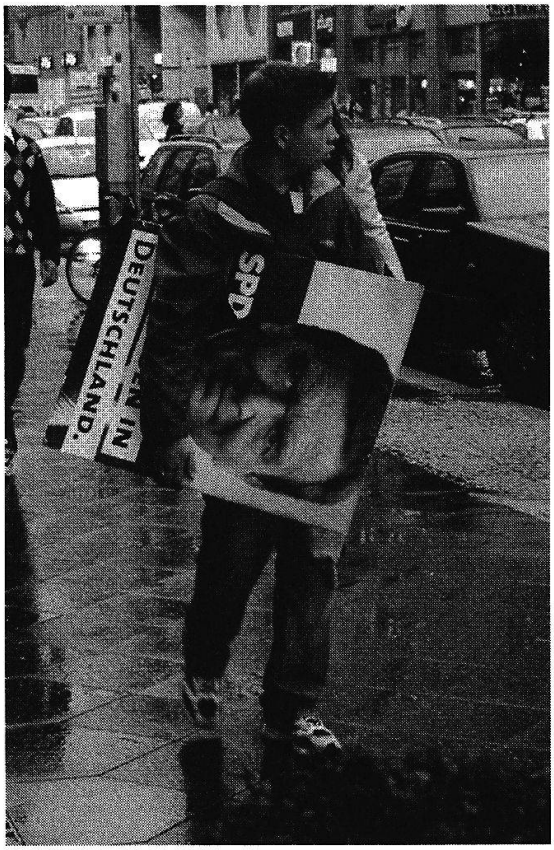
rung und Opposition in der Grundausrichtung für dieselbe Politik standen. Weder die Parole von der «Richtungswahl» noch die wahltaktische Wiederentdeckung der sozialen Gerechtigkeit einschließlich kapitalismuskritischer Töne haben der SPD geholfen, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Schließlich bleibt – viel zu wenig gewürdigt – hervorzuheben, dass die rechtsextremen Parteien eine deutliche Niederlage erlitten haben. Hut ab vor den Wählerinnen und Wählern!

So weit, so gut. Ist damit die neoliberale Politik abgewählt, wie in ersten Kommentaren von links zu hören war? Vor unreflektierten Schlüssen sei gewarnt. Zum einen wird eine *Große Koalition,* die sich derzeit abzeichnet, keine Wende bringen, sondern im Prinzip den seit langem eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Zum anderen verfügt die Linke nicht über die *Deutungshoheit* in der veröffentlichten Meinung. Die liegt bei den *Medien,* übrigens einem weiteren Wahlverlierer. Und diese fordern in unbeirrter Uniformität, an der «Reform»-Politik festzuhalten, ja sie zu beschleunigen. Die Frage ist daher nicht, ob die Wahlen bereits eine Veränderung des Kräfteverhältnisses bewirkt und damit eine politische Umkehr eingeleitet haben. Das vermögen Wahlen ohnehin nur unter außerordentlichen Bedingungen, eine Binsenweisheit. Nein, die Frage zielt vielmehr darauf, wie die Linke das Wahlergebnis nutzt, um einen Politikwechsel möglich zu machen. Hier tun sich Chancen auf.

Chancen für eine linke Politik

Ausgangspunkt der Überlegungen ist ein seit langem zu beobachtender Widerspruch: Auf der einen Seite hat sich in den letzten Jahren eine *heimliche All-Parteien-Koalition* gebildet, die sich einig ist in einem marktliberalen Umbau der Gesellschaft. Wesentliche Elemente sind der Rückbau des Staates, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, die Senkung von Steuern und Staatsquote, die Verbilligung der Arbeit und die Förderung von Niedriglohnarbeiten, der Abbau arbeitsrechtlichen Schutzes und vor allem die Individualisierung sozialer Risiken bei Kürzung öffentlicher Leistungen. Begleitet wird diese Politik von einer bemerkenswerten *Konformität der Medien.*

Auf der anderen Seite ist es nicht gelungen, das mit beachtlichem Aufwand propagierte Gesellschaftsmodell mehrheitsfähig zu machen, wie die jüngsten Wahlen wieder einmal bestätigt haben. Die Mehrheit hält ungeachtet täglicher «Reform»-Parolen an sozialstaatlichen Institutionen und Leistungen fest. Soweit das Reform-Stakkato in den Köpfen etwas bewegt hat, schlägt sich dies in Unsicherheit und Zukunftssorgen nieder. Doch eine *neoliberale Hegemonie,* eine Annahme, die auch Linke mitunter erstarren lässt, ist *nicht belegbar.* Die politische Klasse in ihrem neoliberalen Einheitsdenken ist nicht mit der Bevölkerung und deren Bewusstsein gleich zu setzen. Im Gegenteil, lange nicht war der *Realitätsverlust,* war die Distanz des Politikbetriebes und seiner medialen Herolde zur sozialen Realität und den alltäglichen Erfahrungen und Sorgen so groß wie heute.



Unter diesen Ausgangsbedingungen bieten sich durchaus Chancen für eine linke Politik. Ein wesentlicher Aktivposten ist die *parlamentarische Präsenz der Linkspartei.* Erstmals wieder wird im

Bundestag eine Opposition gegen den wirtschafts- und sozialpolitischen Mainstream der anderen Parteien stattfinden. Erstmals wieder werden Alternativen artikuliert werden gegenüber der vermeintlichen Alternativlosigkeit marktradikalen Umbaus. Erstmals werden wieder Reformen im ursprünglichen Wortsinne: der Förderung der allgemeinen Wohlfahrt, gegen die gängige Perversion des Reformbegriffs geltend gemacht werden. Kurz, der parlamentarische und politische Argumentationshaushalt überwindet die eindimensionale Enge der vergangenen Jahre. Wenn man sich diesen Auftrag der Linkspartei vor Augen hält, wird deutlich, dass ihr vorerst die *Oppositionsrolle* vorgegeben ist. Spekulationen über eine Koalition von SPD, Grünen und Linkspartei oder über eine Tolerierung von Rot-Grün durch die Linkspartei übersehen: Die Linkspartei ist angetreten, um den Opfern neoliberaler Politik eine Stimme zu geben, nicht dagegen, um den Chor der Täter zu verstärken.

Dimensionen eines alternativen Projekts

Zugleich muss man sich die Dimensionen eines alternativen politischen Projekts vergegenwärtigen. Es gilt in zentralen Politikbereichen auf eine *radikale Umkehr* hinzuarbeiten: Statt Pflege des privaten Reichtums Erhöhung der Masseneinkommen, statt Auszehrung und Privatisierung öffentlicher Einrichtungen deren Ausbau, statt Senkung von Steuern und Staatsquoten deren Erhöhung, statt Abbau arbeitsrechtlichen Schutzes und kollektiver Rechte deren Sicherung und Ausweitung, statt Arbeitszeitverlängerung Arbeitszeitverkürzung, statt Individualisierung sozialer Risiken Verbreiterung der gesetzlichen solidarischen Sozialversicherung, statt Privilegien für Eliten ausgleichende Förderung aller unter Rückbesinnung auf das verfassungsrechtliche Gleichheitsgebot usw., usw.

Nichts von dem ist aus dem Stand mit SPD und Grünen zu erreichen. Doch es gehört zum Auftrag der Linkspartei, durch plausible Oppositionspolitik den Druck auf beide Parteien zu erhöhen, zu ihren eigenen Wurzeln zurückzufinden. Das ist kein Hexenwerk. Manche kapitalismuskritische Wendung – wenn auch unter Wahlkampfbedingungen – wäre ohne die aufkommende linke Konkurrenz nicht so deutlich ausgefallen. Hinzu kommt, dass beide Parteien ihre Rolle neu definieren müssen. Die *Grünen,* voraussichtlich gleichfalls in der Opposition, werden neben dem ökologischen ihr *soziales Profil* wieder schärfen müssen, wenn sie sich nicht auf die Vertretung der schmalen Gruppe aufstiegsorientierter Angehöriger der Mittelschichten beschränken wollen. Die *SPD* wird in einer großen Koalition unter anderem ihre Rolle als Sachwalterin der *sozialen Gerechtigkeit* herausstellen. Auch wenn dabei der Anteil sozialer Rhetorik größer sein wird als die praktische Politik, werden die Spielräume linker Kräfte unter diesen Bedingungen voraussichtlich weiter. Die Existenz einer *linken Konkurrenz* wird ein Übriges tun, diesen Prozess zu unterstützen.

Ob dies gelingt, entscheidet sich freilich nicht allein im Parlament. Mindestens ebenso wichtig ist die Arbeit im *außerparlamentarischen Raum.* Hier bieten sich u.a. Chancen im Zusammenhang mit der Neukonstituierung der Linkspartei. Noch existieren *zwei Parteien,* die in Gestalt einer einheitlichen Fraktion im Bundestag vertreten sind. Verabredet ist, beide Parteien zu einer neuen Partei zusammenzuschließen. Es ist zu hoffen, dass sich der Zusammenschluß nicht in einer flinken und geölten vereinsrechtlichen Fusion erschöpft. Vielmehr sollte die Gelegenheit genutzt werden, den Prozess der Neuformierung unter breiter Beteiligung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern einzuleiten und ihn zugleich mit einer *programmatischen Selbstverständigung* zu verbinden.

Dies tut ohnehin Not; denn beide Parteien strahlen zwar in Fragen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik und im Eintreten für soziale Gerechtigkeit zweifellos Kompetenz aus; auf anderen Feldern dagegen, wie etwa der Zivilgesellschaft und der Bürgerrechte, der Emanzipation, der Immigranten-Gleichstellung oder der Ökologie gibt es Nachholbedarf. Auch stehen beide Parteien vor der Aufgabe, ihre jeweilige Enge zu überwinden. Die *WASG* hat starke Wurzeln in den *Gewerkschaften;* doch reicht gewerkschaftliche Programmatik nicht aus, um in der notwendigen Breite Zukunftsfähigkeit auszustrahlen. Die *PDS* gewinnt ihre Identität aus den *traumatischen Erfahrungen der* Ostdeutschen im Prozess westdeutscher Landnahme, *«Wiedervereinigung»* genannt. Für beide Parteien ist eine soziale und thematische Öffnung existenznotwendig, wenn sie in wichtigen gesellschaftlichen und sozialen Konflikten präsent sein wollen. Und das ist unverzichtbar; ohne gesellschaftliche Konfliktfähigkeit und ohne Konflikterfahrungen wird die Arbeit im Parlament schnell den Boden verlieren.

Die Gewerkschaften und die Linkspartei

Andere Erwartungen richten sich an die Gewerkschaften. Ihre Lage ist nicht umkompliziert. Alleinige Gewerkschaften, allen voran die großen, ver.di und IG Metall, haben registriert, dass ihnen in Gestalt der SPD der *traditionelle Weggefährte* abhanden gekommen ist; sie suchen ihre neue – notwendig autonome – Rolle zu finden. Andere fühlen sich bei aller Kritik immer noch der SPD verbunden und vermeiden es, Konflikte auf die Spitze zu treiben. Dies hat im vergangenen Jahr, beim Protest gegen die Hartz-Gesetze, zu einer empfindlichen Lähmung geführt. Es blieb bei den Großdemonstrationen vom 3. April 2004; zu weiteren Massenprotesten oder zu einer offiziellen Unterstützung der Montags-Demonstrationen fand sich der DGB nicht bereit – auch aus Angst vor der Isolation.

Hier hat sich die Lage verändert. In Gestalt der Linkspartei haben die Gewerkschaften nunmehr einen Sachwalter ihres eigenen Programms im Parlament. Sie stehen nicht mehr allein und könnten ihren Spielraum erweitern. Ob sie diese Chance allerdings nutzen, ist nicht ausgemacht. Vonnöten wäre unter konsequenter Beachtung gewerkschaftlicher Autonomie, also parteipolitischer Unabhängigkeit, ein souveräner Umgang mit allen aktuell und potentiell nahestehenden Parteien – ohne sich vereinnahmen zu lassen. Das gilt zuförderst für die Linkspartei. Statt irrationaler Abgrenzung ist eine *unverkrampfte Zusammenarbeit* das Gebot der Stunde. An dieser Frage könnten sich die Geister scheiden und die Einheit des DGB auf eine harte Probe stellen. Dabei gilt: Gerade wer es gut meint mit der SPD, muss die linke Konkurrenz unterstützen, zumindest aber dazu beitragen, dass sie in die Normalität des politischen Prozesses aufgenommen wird und dort ihren legitimen Platz findet. Wie anders können linke Kräfte in der SPD und unter den Grünen zu neuem Selbstbewusstsein finden?

Erst recht sind die Gewerkschaften gefordert, soziale und politische *Konflikte ohne Halbherzigkeit* aufzunehmen. Keinesfalls sollten sie – etwa im Falle einer großen Koalition – der Versuchung erliegen, die Rolle der SPD als soziales Gewissen der Regierung durch Stillhaltepolitik zu honorieren, wenn, wie zu erwarten, weiterer Sozialabbau betrieben wird.

Kurzum, im Umgang der Gewerkschaften mit der neuen parlamentarischen und parteipolitischen Konstellation dürfte eine der spannenden Fragen in der nächsten Zeit liegen. Man kann nur hoffen, dass sich die bei *ver.di* und *IG Metall* sichtbaren Tendenzen einer autonomen gewerkschaftlichen Herangehensweise durchzusetzen. •